Nr. 181 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 22. Juli 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Auslandslauf Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Tschitscherins Antwort an Lloyd George

Die Antwortnote des russischen Volkskommissars des Auswärtigen auf die englische Note über die Waffenstillstandserklärung zwischen Polen und Rußland ist, wie schon gestern kurz gemeldet, in London eingetroffen. Sie weist, wie schon aus der ersten Meldung von „Daily Telegraph" hervorging, die Vermittlung Englands zurück. Der Ton, mit dem Tschitscherin den Antrag Englands ablehnt, wird den Alliierten keine besondere Freude bereiten. Die russische Regierung verhält sich sehr selbstbewußt und konsequent. Herr Millerand bezeichnet denn auch in seiner Kammerrede (die wir an andrer Stelle mitteilen) die Mitteilung Tschitscherins als „impertinent", und die „Times" finden, daß der Ton der russischen Antwort „sarkastisch" und offenbar darauf berechnet sei, Uneinigkeit zwischen den Alliierten und Polen hervorzurufen.

Der Wortlaut der Note liegt noch nicht vor, die „Times" bringen nur einen Auszug, aus dem hervorgeht, daß die bolschewistische Regierung sich weigere, an der Konferenz in London teilzunehmen, weil England nicht unparteiisch sei. Ferner habe sie Bedenken gegen die Zulassung von Delegierten der Ostseestaaten zur Konferenz, da Sowjet-Rußland mit diesen Staaten Frieden geschlossen habe. Weiter sagt die russische Regierung, der vorgeschlagene Waffenstillstand sei nicht günstig für Polen, das durch unmittelbare Verhandlungen mit der Räteregierung eine viel bessere Grenzregulierung würde erhalten können. Moskau weigert sich, einige Bedingungen über die Streitkräfte des Generals Wrangel in Südrußland anzunehmen und verlangt eine bedingungslose Kapitulation.

Nach einer Reuter-Meldung betont Tschitscherin aber die Bereitwilligkeit Rußlands, mit den Polen Frieden zu schließen und macht zu diesem Zwecke neue Vorschläge.

Die Stellung des englischen Kabinetts

zu diesen Vorschlägen und der neugeschaffenen Situation ist noch nicht genau bekannt. Nach einer „Times"-Meldung sieht sich England vor eine unmittelbare Entscheidung gestellt, die nach der Erklärung Millerands in der Kammer nur anders ausfallen wird, als daß die Alliierten Polen Hilfeleisten werden:

Kg. Rotterdam, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer „Times"-Meldung hat nach der Rückkehr Lloyd Georges aus Spa eine Sitzung des englischen Kabinetts stattgefunden, um zu den Nachrichten aus Warschau Stellung zu nehmen. Der Beschluß des englischen Kabinetts ging dahin, daß die Lage Polens für England dieselbe Situation schaffe wie 1914 die Besetzung Nordfrankreichs durch die Deutschen.

*** London, 21. Juli. Nach einer amtlichen Meldung hat das britische Schatzamt für die Intervention in Rußland 650 Millionen Pfund Sterling ausgegeben, davon 31½ Millionen für die britische Armee und 240 Millionen Pfund für nach Rußland gelieferten Kriegsmaterial.**

Die Hilfeleistung der Alliierten kommt nach den Berichten von der russisch-polnischen Front auf jeden Fall schon reichlich spät und es ist auch noch keineswegs sicher, ob sie ausreichend genug ist, den russischen Ansturm aufhalten zu können. Nach allen Nachrichten ist die Rote Armee schon so weit vorgedrungen, daß nur mit einer außerordentlich starken Hilfsarmee Widerstand geleistet werden könnte:

Kg. Rotterdam, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Helsingfors: Die Russen ziehen bei Wiborg große Truppenmassen zusammen. Der Funkendienst Riga meldet, daß

die russische Entscheidungsoffensive an allen Fronten

in den nächsten Tagen beginnen soll.

W. Warschau, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die bolschewistische Nordfront nähert sich unvermindert rasch. Nach dem Heeresbericht konzentriert der Feind nördlich Grodno seine Truppenmassen. Gestern wurde um die Stadt und zugleich um den Niemen-Uebergang gekämpft. Die Notlage gestattet keinen Zweifel mehr. Die Bolschewisten lehnen jede Vermittlung ab. Von Waffenstillstand ist keine Rede. Der Kampf geht um die Existenz des polnischen Staatswesens.

× Kopenhagen, 21. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Heeresbericht: Nördlich von Grodno dauern die Kämpfe auf der Linie Skrzy—Bovice an. In der Gegend von Nowogrodek haben die Polen den Befehl erhalten, nach Westen ihren Rückzug anzutreten. Bolschewistische Angriffe in Polesien und am Styrflusse wurden abgeschlagen.

□ Wien, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie der ukrainische Pressedienst aus Warschau meldet, sind die Städte im äußersten Osten und Südosten von Galizien, insbesondere Tarnopol und Brody, wegen der Gefährdung durch die bolschewistische Reiterei schon vor einer Woche geräumt worden.

kg. Rotterdam, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Bukarest: Die Rote Armee hat den Dnjestr überschritten und damit

die Rückeroberung Bessarabiens

begonnen. Die russische Armee dringt gegen den Pruth vor. Eine zweite russische Armee ist in Richtung Galatz angesetzt.

T. Belgrad, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die russischen bolschewistischen Truppen haben in Bessarabien Fortschritte gemacht. Reisende, die von dort in Belgrad eintrafen, erzählen, daß die Bolschewiken bereits die rumänische Grenze überschritten haben und in das Innere des Landes eingedrungen sind. Die rumänische Regierung hat infolge der großen Gefahr die Mobilisierung angeordnet.

Nach dieser militärischen Situation scheint es leicht begreiflich, daß man in Rußland der Meinung ist, Polen werde genötigt sein, um Frieden zu bitten. So äußerte sich dieser Tage noch der in Prag weilende Bevollmächtigte der russischen Mission des Roten Kreuzes Gillerson nach dem „Pravo Lidu". Er sagte u. a., daß die Vermittlung der Entente zu spät gekommen und überflüssig sei. „Wo war die Entente, als wir mit Polen Frieden schließen wollten und die Vermittlung der Entente erstrebten? Jetzt wird man wahrscheinlich mit den Polen selbst sprechen müssen, und zwar nicht mit der jetzigen, sondern mit der künftigen Regierung, die den Interessen der arbeitenden Klassen in Polen entspricht, die den Krieg nicht gewünscht haben."

Die polnische Regierung ist zunächst natürlich noch so, als stehe alles keineswegs so schlimm. Die bürgerlichen Parteien lehnten einen Waffenstillstand überhaupt einfach ab:

*** Warschau, 21. Juli. Die entscheidende Sitzung des polnischen Landesverteidigungsrates, die den Premierminister Grabski ermächtigte, auf Lloyd Georges Vorschläge einzugehen, faßte diesen Beschluß nur mit ganz knapper Mehrheit. Die Sozialdemokraten sind zwar für den Frieden mit Moskau, wünschen aber direkte Verhandlungen mit der Sowjet-Regierung unter Ausschaltung der englischen Vermittlung, während die bürgerliche Linke fast geschlossen gegen den geplanten Waffenstillstand eintritt. Die Ursachen der militärischen Mißerfolge Polens sollen untersucht werden.**

Dieser ganze polnische Fall wird gewiß in den nächsten Tagen in London verhandelt werden. Nach Meldungen holländischer Blätter ist der Präsident des Moskauer Sowjets und frühere Oberbefehlshaber des bolschewistischen Heeres Kameneff als Chef der Handelsdelegation nach London mit Krassin als seinem Assistenten und einer Anzahl Handels- und Finanzsachverständigen auf dem Wege. Krassin und Kameneff sollen bereits am 18. Juli aus Moskau nach Reval abgereist sein, von wo sie mit einem englischen Kriegsschiffe nach England fahren.

*

Deutschlands Neutralität

× **Berlin**, 21. Juli. (Amtlich.) In der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers" wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht, die den Regierungen in Warschau und Moskau zur Kenntnis gebracht wird: In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustande befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reiche und für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung entsteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Berlin, den 20. Juli 1920. Ebert. Simons.

Wünsche der Entente

kg. **Rotterdam**, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **„Daily Telegraph" meldet: Die neue Konferenz in Genf wird sich mit dem Antrag Frankreichs zu befassen haben, der schon in Spa angekündigt war, daß Deutschland die Wiedererstattung auch durch Ueberlassung finanzieller und wirtschaftlicher Vorrechte an die Alliierten leisten könne.**

*

Italien als Vermittler

*** Zürich, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Tribuna" gibt Giolittis Aeußerungen über das Spaer Abkommen wieder. Giolitti sagte, daß die Bestimmungen in Spa lediglich die Folgewirkungen des Krieges seien, daß Italien auch in Spa für den Weg der Vermittlung eingetreten sei, und daß Giolitti sich vorbehalte, an den kommenden Besprechungen in Genf persönlich teilzunehmen.**

*

Eine Vorbesprechung in Paris

Kg. Rotterdam, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Telegraph" meldet: Vor der Konferenz in Genf findet wieder eine Zusammenkunft der alliierten Vertreter statt. Die Zusammenkunft findet auf Frankreichs Einladung in Paris statt. Sie wird die Stellungnahme der Alliierten für Genf festlegen, wie die Brüsseler Konferenz die Haltung der Alliierten für Spa bestimmte.

*

Der Führer der Chauvinisten

kg. **Rotterdam**, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: Poincaré hielt am Sonntag eine Rede in Versailles. Er bezeichnete die Ergebnisse in Spa als völlig ungenügend. Bevor man die Bestimmungen des Versailler Vertrages erledige, solle man den Deutschen die Verpflichtung auferlegen, zwölf Stunden am Tage zu arbeiten und die Hälfte des Nationalvermögens den Alliierten zur Wiedergutmachung abzuliefern. Er hoffe, daß früher oder später die Alliierten diesen Weg doch noch beschreiten müssen, denn die Deutschen würden auch die neuen Verpflichtungen kaum erfüllen.

*

Die Rheinschiffahrtskonkurrenz

ITA. **Duisburg-Ruhrort**, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die neue belgische Schiffahrtsgesellschaft für die Rheinschiffahrt, der von der belgischen Regierung die 175 beschlagnahmten und unter Sequester stehenden deutschen Rheinschiffe überwiesen werden sollen, beabsichtigt, den Kohlenverkehr zu monopolisieren und sich die Kaiverschiffungen ab Straßburg zu sichern. Verhandlungen sind in Paris und Straßburg bereits eingeleitet. Die belgische Regierung fördert nach Mitteilungen aus eingeweihten Kreisen die Angelegenheit, um den belgischen Einfluß an der Rheinschiffahrt gegenüber Holland zu verstärken.

*

Neue Beschwerden

Kg. **Rotterdam**, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) **„Daily Mail" meldet aus Paris: Die Ententekommission in Berlin hat den alliierten Regierungen neue Vertragsverletzungen Deutschlands zur Kenntnis gebracht. Eine Anzahl deutscher Munitionsfabriken, deren Schließung gefordert war, arbeite nach den Feststellungen der Ueberwachungskommission ohne Behinderung durch die deutsche Regierung weiter.**

*

Der Ausbau der Ausbeutung

Genf, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der Vorbesprechung der Alliierten, die der Konferenz von Genf vorausgehen wird, soll auch die Finanzverwaltung Deutschlands und ihre Einfügung in das System der Wiedergutmachung auf Antrag Deutschlands zur Erörterung gelangen.

Die Gefahren der Entwaffnung

Getreu ihrer in Spa gegebenen Unterschrift hat die Regierung dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Verminderung der Reichswehr zugehen lassen. Es soll versucht werden, die Herabminderung der Reichswehr möglichst in allen Landesteilen gleichmäßig vorzunehmen, so daß keine Provinz und kein Einzelland übermäßig von Truppen entblößt wird und auch die Belastung des Arbeitsmarktes sich möglichst gleichmäßig auf die verschiedenen Reichsgebiete verteilt. Der Augenblick, in dem diese Heeresverminderung in überstürzter Weise durchgeführt werden muß, ist außerordentlich ungünstig, sowohl in innerpolitischer als auch in außenpolitischer Beziehung, denn es bestehen zur Zeit erhebliche innere und äußere Gefahren für den Bestand der deutschen Republik, die durch die erzwungene Entwaffnung der Sicherheitswehren und die Verminderung der Reichswehr noch in erheblichem Maße verstärkt werden.

Innerpolitisch herrscht äußerlich eine gewisse Ruhe insofern, als größere Unruhen politischer Natur sich in der letzten Zeit nicht ereignet haben. Man kann sogar bei den Verhandlungen über die Ergebnisse von Spa die Beobachtung machen, daß sich die Unabhängigen bei der Kohlenfrage in gewisser Beziehung den Regierungsparteien genähert haben. Um so größer sind aber die inneren Gefahren, die aus der stets wachsenden Zuspitzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die nächste Zeit zu erwarten sind. Die Arbeitslosigkeit nimmt von Tag zu Tag zu und mit ihr steigt stets auch die politische Unzufriedenheit und die Neigung zu Unruhen und zu umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfen und Ausständen. Man kann bereits jetzt eine Vermehrung der Streiks feststellen. In Schlesien haben Bergarbeiter die Beamten abgesetzt und üben passive Resistenz, in Zwickau ist ein umfangreicher Sympathiestreik der Kohlenbergwerksarbeiter ausgebrochen und auch im Ruhrrevier sind bereits wieder mehrfach bedenkliche Sabotageakte vorgekommen.

Und die neuen Kohlenlieferungsverpflichtungen gegenüber dem ehemals feindlichen Ausland sind auch keineswegs geeignet, den bereits wieder recht kräftig gewordenen Widerstand der Bergwerksarbeiter gegen die Ueberschichten zu entkräften oder zu beseitigen, im Gegenteil geben sie Anreiz zu neuerlichen Lohnforderungen, wofür bereits Anzeichen deutlich bemerkbar sind. Unerfüllbare Lohnforderungen von größter Tragweite haben bereits die Eisenbahner gestellt, deren etwaige Streikversuche besonders bedrohlich in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung sein müßten. Hieran kommen noch die pommerschen Landarbeiterstreiks, die unsre Ernte bedrohen, die Lebensmittelunruhen und vor allem die Wahrscheinlichkeit, daß durch die neuen Kohlenlieferungsverpflichtungen weitere Stillegungen industrieller Betriebe und massenhafte Arbeiterentlassungen erforderlich werden dürften. Und in einer solchen Zeit allgemeiner Arbeitsnot sollen nun in kürzester Zeit Zehntausende von Reichswehrangehörigen entlassen werden ohne die Möglichkeit, solche Menschenmassen zu beschäftigen und zu versorgen. Daß durch eine solche neuerliche Belastung des ohnedies stark überfüllten Arbeitsmarktes erst recht schwerste politische Gefahren erwachsen müssen, dürfte jedem Kenner der Verhältnisse ohne weiteres klar sein. Während die entlassenen Reichswehrangehörigen die Reihen der Unzufriedenen und Aufstörer von rechts um ein beträchtliches verstärken werden, sind die außenpolitischen Ereignisse, die für die nächste Zeit bevorstehen, geeignet, auch die Friedensstörer von links zu neuen Versuchen gewaltsamer Eroberung der politischen Macht zu ermutigen.

Die Minderung der Reichswehr erfolgt zudem in einem Augenblick, da die russischen Heere sich der Ostgrenze des Deutschen Reiches als siegreiche Eroberer nähern. Diese Gefahr aus dem Osten nötigt uns, einen erheblichen Teil der Reichswehr zu militärischem Schutz Ostpreußens zu verwenden. Die soeben erfolgte Neutralitätserklärung Deutschlands im Kriege zwischen Rußland und Polen ist eine Selbstverständlichkeit. Respektieren die Bolschewisten die Neutralität, so mögen wir gegen die äußere Gefahr aus dem Osten hinlänglich geschützt sein, wie aber, wenn die Nachbarschaft der Russen deren deutsche Gesinnungsgenossen zu einem bewaffneten Widerstandsversuch anreizt, der dann von Rußland nicht nur mit Geld, sondern auch militärisch unterstützt werden könnte?

Es scheint in der Tat, als ob die Staatsmänner der Entente, die in einem solchen Augenblick den sofortigen Abbau der deutschen Reichswehr unter schwersten Drohungen durchsetzten, völlig mit Blindheit geschlagen sind. Die vom deutschen Außenminister Dr. Simons jüngst in der Pressekonferenz gemachten Aeußerungen beweisen erfreulicherweise, daß er diese aus den Entwaffnungsvorschriften der Entente unserm Vaterland und der ganzen europäischen Kultur erwachsenden schweren Gefahren nicht zu gering einschätzt und daß er selbständig und mit größter Energie persönlich neue Wege zu finden bemüht ist, um trotz allem Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern kraftvoll aufrechtzuerhalten.

Oestliche Reise

Von unserm nach Finnland und ins Baltikum entsandten Sonderberichterstatter

Stettin—Reval—Helsingfors

Im Juli

In Stettin, ganz nahe beim Abfahrtshafen, gibt es einen kleinen Gasthof, dort kann man essen „wie im Ausland". Ich werde mich aber hüten, ihn hier den öffentlichen Hütern der Zwangswirtschaft namhaft zu machen — erstens von wegen überhaupt und zweitens, weil ein Zollbeamter es war, der ihn mir empfahl und mich, den Hungrigen, noch mal extra zur Ruhe durch die Sperre ließ. Ein besonderes Lobeswort für die Stettiner Wächter des deutschen Kapitals! Sie sind bei aller ernster Pflichterfüllung von solcher Zuvorkommenheit und Dienstwilligkeit, daß der ausreisende Deutsche glaubt, ein Märchen zu erleben, und der einreisende Fremde gewiß auf den ersten Blick hin überzeugt ist, daß sich die deutsche „Mentalität" vom Grund auf gewandelt habe.

So ein Leben an Bord in bunt zusammengewürfelter internationaler Gesellschaft ist eine fortwährende lehrreiche Instruktion. Ein Russe, der eben aus Paris kommt, aber Berlin vermieden hat, weil er es nicht liebt, erzählt, wie wenig froh Frankreich seines Sieges ist. „Frankreich soll kein Weib sein", meint ein amerikanischer Journalist, der sich in das Gespräch mischt: „shakeshand mit Deutschland und beiderseitig offenes Spiel! Wir drüben erwarten das bald." Ein Engländer ist nicht an Bord — er würde wohl auch kaum an dieser Unterhaltung teilgenommen haben. Eine blonde Engländerin ist da, aber sie ist die erste, die seekrank wird und dann allgemach einige andre Damen mit sich ins Verderben reißt.

In der ersten Frühe des dritten Morgens läuft die „Oithona" in den Hafen von Reval ein. Die in diesen Breiten um diese Jahreszeit herrschende „weiße Nacht" gießt ein zauberhaftes helles Licht über die schlafende Stadt aus und läßt jede Einzelheit ihres Aufbaues erkennen. Um 3 Uhr nachts macht der Dampfer am Zollkai fest. Aber erst um 6 Uhr erscheinen Zöllner und Polizeibeamte, um den Ankommenden das Betreten des einheimischen Landes zu gestatten. Wer kein Visum auf seinem Paß hat, darf nicht einmal den schlecht gepflasterten Bord des Hafenkais betreten. Trotzdem gelingt es mir, der ich es nicht habe, mich vom Schiff herunterzuschmuggeln und einen kurzen Gang durch die Stadt zu machen. Sie hat ausgesprochen deutschen Hanseatencharakter. Die Aufschriften der Läden zeigen vielfach die deutsche Sprache.

Beim Lunch schaukeln wir schon wieder auf offene Meer. Um die Mittagsstunde tauchen die ersten Felsenwände der finnischen Schären auf. Bald durchqueren wir den Festungsgürtel Sweaborgs, und vor unsern entzückten Blicken breitet sich weißschimmernd, umkränzt von fattem Grün, Finnlands schöne Hauptstadt Helsingfors aus. Die Einfahrt in den stadtinneren Hafen läßt eine Erinnerung an die Tajoeinfahrt Lissabons aufsteigen.

Das Leben in Helsingfors

Goldener Sonnenglast und flatternde weißblaue Fahnen über der Hauptstadt des finnischen Landes. Land und Volk feiern ein Fest, ein Fest schaffender Arbeit, ein Fest der nach schwerem Ringen endlich erkämpften politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit, die erste „finnische Messe". Aber auch ohne diesen Anlaß wäre diese Stadt berechtigt, sich zu schmücken, wie es einer schönen Frau allezeit anstehet, ihre Schönheit durch Geschmeide besonders hervorzuheben. Denn diese Stadt ist schön. Ausgezeichnet durch ihre Lage an einer doppelt geteilten Bucht der Ostsee, hat sie durch prachtvolle Anlagen und durch wohldurchgeführte Werke großzügiger Architekten einen Aufbau erhalten, der gleichberechtigt mit dem der schönen Städte der Welt zu wetteifern vermag.

Der Standard des Lebens ist ein außerordentlich hoher. Der Finne ist selbst für Friedensvorstellungen ein starker und dabei wählerischer Esser — eine Eigenschaft, die allen Nordländern gemeinsam ist. Man darf annehmen, daß dabei zwischen den begüterten Klassen und der Arbeiterschaft kaum ein großer Unterschied besteht. Die vom Ausland hereinströmenden Gelder für die hochwertige Hauptexportware, Holz und Holzprodukte, haben die Löhne auf eine besondere Höhe getrieben, so daß auch das sogenannte Proletariat sich eine Lebensführung zu leisten vermag, die der Berlin-WWs durchaus nicht nachsteht. Auf Grund dessen vermochte Finnland, nachdem der rote Aufstand von 1918 niedergeschlagen war, sich auch durchweg einen ungestörten Arbeitsfrieden zu bewahren, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau in kürzester Zeit möglich machte.

An die Bolschewistenzeit von 1918 erinnert noch manches Zeugnis. Dem Deutschen wertvoll und ihn in tiefster Seele bewegend ist der Begräbnisplatz der in den Kämpfen mit dem roten Gesindel gefallenen deutschen Soldaten in einem kleinen Park inmitten der Stadt, unweit der Esplanade, wo auch die finnischen Freiheitshelden ihre Ruhestätte gefunden haben. Eine einfache Tafel, an einem Baume angebracht, verkündet den Dank Finnlands an die deutschen Helfer.

„Schlaft getrost in Finnlands Erde!
Ewig sei euch Dank geweiht!
Ihr habt uns aus großen Nöten,
Einem Schmerzensjoch befreit.
Schicksals Machtwort sendet Bruder
Leider nun aus unserm Land;
Doch stets stärker soll erblühen
Liebe uns und Freundschaftsband."

Statt der einfachen Kriegsholzkreuze, von denen besonders eins, unter dem die Toten von S. M. S. „Posen" ruhen, auffällt, ist man daran, ein Denkmal aus Granit zu errichten, dessen steinerne Sprache für alle Zeiten von der durch Blut besiegelten finnisch deutschen Freundschaft zeugen soll.

Man weiß, daß die offizielle Außenpolitik der finnischen Regierung seit einiger Zeit einen der Entente zugerichteten Kurs eingeschlagen hat. Man muß gerecht sein und auch als Deutscher anerkennen, daß dies für das junge aufstrebende Land bei der gegenwärtigen Weltlage durchaus den realen Notwendigkeiten entspricht. Um so offener und herzlicher betont die gesamte Bürgerschaft bei jeder Gelegenheit ihr unwandelbare Freundschaft für Deutschland.

Dem deutschen Kaufmann blüht eine große Zukunft in Finnland, zumal wenn in absehbarer Zeit er

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200722/1